



Rechnen Sie nicht mit einer sanften Landung der Weltwirtschaft

Description

Trotz der zunehmend optimistischen Prognosen der Analysten für das kommende Jahr sind die Risiken für das globale Wachstum nach wie vor eher abwärts gerichtet. Die jüngsten Entwicklungen in China, Europa und den Vereinigten Staaten deuten darauf hin, dass die größten Herausforderungen für die Weltwirtschaft noch vor uns liegen könnten.

Das schreibt Kenneth Rogoff bei [Project Syndicate](#). Und er fährt fort [Hervorhebungen von mir, KS]:

Die **Konsensprognose für die Weltwirtschaft bleibt vorsichtig optimistisch**, wobei die meisten Zentralbanken und Analysten entweder eine sanfte Landung oder möglicherweise gar keine Landung voraussagen. Selbst mein Kollege Nouriel Roubini, der für seine pessimistische Haltung bekannt ist, hält die schlimmsten Szenarien für am unwahrscheinlichsten (siehe [hier!](#)).

Die CEOs und politischen Entscheidungsträger, mit denen ich auf dem Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos im vergangenen Monat gesprochen habe, stimmen dieser Einschätzung zu. Die Tatsache, dass die Weltwirtschaft im Jahr 2023 trotz des starken Zinsanstiegs nicht in eine Rezession abrutschte, stimmt viele Experten zuversichtlich für die Aussichten im Jahr 2024. Auf die Frage nach Gründen für ihren Optimismus verweisen sie entweder auf die **unerwartet gute Entwicklung der US-Wirtschaft** oder sagen voraus, dass die **künstliche Intelligenz einen erhofften Produktivitätsschub** auslösen werde. Wie ein Finanzminister bemerkte: „Wenn man nicht von Natur aus optimistisch ist, sollte man kein Finanzminister sein“.

Die Ökonomen der Welt scheinen diesen Ausblick zu teilen. Der Ausblick der Chefvolkswirte des WEF für Januar 2024 ergab, dass die Mehrheit der Befragten zwar einen leichten globalen Abschwung im Jahr 2024 erwartet, die meisten jedoch nicht übermäßig besorgt sind und die erwartete Verlangsamung als eine gesunde Korrektur des durch die übermäßige Nachfrage verursachten Inflationsdrucks betrachteten.

Selbst die Störung des Welthandels durch die Angriffe der jemenitischen Houthi auf Handelsschiffe im Roten Meer und die andauernden Kriege in der Ukraine und im Gazastreifen haben die Jubelstimmung der Analysten und Wirtschaftsführer nicht getrübt.

Der US-Aktienmarkt befindet sich auf Rekordniveau, und **selbst der normalerweise konservative Internationale Währungsfonds hat seine Wachstumsprognosen nach oben korrigiert**: Im jüngsten Weltwirtschaftsausblick werden die Risiken für das globale Wachstum als „weitgehend ausgewogen“ bezeichnet. Diese Charakterisierung stellt eine deutliche Abweichung von dem vorsichtigen Ton dar, den der IWF normalerweise anspricht, um die Finanzminister davon abzuhalten, sich auf nicht nachhaltige Ausgaben zu stürzen.

In einem entscheidenden Wahljahr, in dem die Wähler in Dutzenden von Ländern -die die Hälfte der Weltbevölkerung repräsentieren- zu den Urnen gehen werden, wird bereits **mit einem Anstieg der Staatsausgaben gerechnet**. In der Makroökonomie ist dieses Phänomen als „politischer Budgetzyklus“ bekannt: Die amtierenden Politiker wollen die Wirtschaft ankurbeln, um ihre Chancen auf eine Wiederwahl zu verbessern, und erhöhen daher die öffentlichen Ausgaben und Defizite.

Trotz des relativ positiven Konsenses deuten die jüngsten Entwicklungen darauf hin, dass die Risiken für das globale Wachstum nach wie vor eher nach unten gerichtet sind



Zunächst einmal bin ich sehr skeptisch gegenüber der **Ankündigung der chinesischen Regierung**, dass ihre Wirtschaft im Jahr 2023 um 5,2 % wachsen wird. Die BIP-Wachstumszahlen sind in China seit langem ein politisch brisantes Thema, insbesondere im vergangenen Jahr, als Präsident Xi Jinping seine Ein-Mann-Herrschaft festigte, indem er zahlreiche Spitzenbeamte entließ, darunter seinen Verteidigungs- und Außenminister. Da die chinesische Wirtschaft mit Deflation, fallenden Immobilienpreisen und schwacher Nachfrage zu kämpfen hat, wird immer deutlicher, dass die wirtschaftlichen Probleme des Landes noch lange nicht überwunden sind – und dass Xi entschlossen ist, das Narrativ zu kontrollieren.

Die Kombination aus einer anhaltenden Konjunkturabschwächung und einem kollabierenden Immobiliensektor könnte China an den Rand eines „verlorenen Jahrzehnts“ nach japanischem Vorbild bringen. Die offensichtliche keynesianische Lösung für das langsame Zugwrack des Landes, das aus kollabierenden Immobilienprojekten und der Verschuldung lokaler Regierungen besteht, ist die Einführung direkter Geldtransfers an die Haushalte. Da die chinesischen Verbraucher jedoch eher zum Sparen neigen (im Gegensatz zu ihren verschwenderischen amerikanischen Kollegen) und die Staatsverschuldung bereits rapide ansteigt, scheint eine **Schulden-Deflationsspirale immer wahrscheinlicher**.

Währenddessen wird erwartet, dass das europäische Wirtschaftswachstum in diesem Jahr schwach bleiben wird, obwohl es 2023 nicht zu einer Rezession gekommen sein dürfte. Darüber hinaus deutet die anhaltende mangelnde Bereitschaft der europäischen Länder, in ihre eigene Verteidigung zu investieren, darauf hin, dass die mögliche Rückkehr des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump ins Weiße Haus im Jahr 2025 eine schmerzhaft Anpassung erforderlich machen könnte. Erschreckenderweise scheinen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs nicht auf ein solches Szenario vorzubereiten, selbst wenn der Krieg in der Ukraine ihre Munitionsvorräte schneller erschöpft, als sie wieder aufgefüllt werden können.

Europa hat auch mit den **negativen wirtschaftlichen Auswirkungen des Inflation Reduction Act (IRA)** von US-Präsident Joe Biden zu kämpfen, der mit Steueranreizen europäische Unternehmen anlockt. Während das IRA angeblich darauf abzielt, Amerikas Umstellung auf grüne Energie zu beschleunigen, ist es im Wesentlichen eine **protektionistische Handelspolitik**. Sie mag der US-Wirtschaft kurzfristig Auftrieb gegeben haben, aber ihre langfristigen Folgen könnten denen des Smoot-Hawley Tariff Act von 1930 entsprechen, der einen internationalen Handelskrieg auslöste und die Große Depression verschärfte.

Dennoch ist Bidens Handelsprotektionismus milde im Vergleich zu Trumps Plan, einen Zoll von 10% auf praktisch alle importierten Waren zu erheben, ein Schritt, der das globale Handelssystem in Mitleidenschaft ziehen könnte. Die europäischen Länder drücken verständlicherweise Biden die Daumen, der – im Gegensatz zu Trump – wiederholt sein Engagement für die Eindämmung des russischen Expansionismus bekräftigt hat.

Alarmierend ist, dass sowohl die Demokraten als auch die Republikaner in den USA kein Interesse daran zu haben scheinen, die Staatsausgaben zu senken, geschweige denn das Defizit zu reduzieren. Unabhängig davon, welche Partei nach den Wahlen im November den Kongress kontrollieren wird, ist eine defizitgetriebene Ausgabenorgie so gut wie sicher. Bleiben die Realzinsen jedoch, wie von vielen erwartet, auf einem hohen Niveau, könnte die Regierung gezwungen sein, sich zwischen einer zutiefst unpopulären fiskalischen Straffung oder dem Druck auf die Federal Reserve zu entscheiden, einen weiteren Inflationsschub zuzulassen.

Trotz der weit verbreiteten Annahme, dass die Weltwirtschaft auf eine sanfte Landung zusteuert, geben die jüngsten Entwicklungen wenig Anlass zu Optimismus. **Da die Welt ein weiteres turbulentes Jahr vor sich hat, müssen Politiker und Analysten bedenken, dass eine weiche Landung wenig bedeutet, wenn die Landebahn in einem Erdbebengebiet liegt**, schließt Rogoff.

Über den Autor



Kenneth Rogoff, Professor für Volkswirtschaftslehre und Public Policy an der Harvard University, war von 2001 bis 2003 Chefökonom des Internationalen Währungsfonds. Er ist Mitautor von „This Time is Different: Eight Centuries of Financial Folly“ (Princeton University Press, 2011) (siehe [hier!](#)) und Autor von „The Curse of Cash“ (Princeton University Press, 2016).